



Netzwerk EBD Halbjahresumfrage 2/2010

Prioritäten, Forderungen und Bewertungen der EBD Mitgliedsorganisationen

Überblick der Ergebnisse:

Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucher sowie Fragen rund um **Wirtschaft und Finanzen** haben die höchste **Priorität für die Interessengruppen** in den Monaten der Belgischen EU-Ratspräsidentschaft. Hier werden die meisten konkreten Gesetzgebungs- und Konsultationsverfahren erwartet und benannt. Ähnlich wie in der letzten Halbjahresumfrage 1/2010 bleiben effektive Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise von hoher Bedeutung.

Als wichtigsten Arbeitsschwerpunkt der EBD sehen die Mitgliedsorganisationen den Bereich „**Europäische Good Governance: Mitwirkung der Interessengruppen**“, der sich auch aus dem neuen Art. 11 EUV ergibt. Alle Arbeitsschwerpunkte, die die Mitgliederversammlung beschlossen hat, wurden im Zusammenhang mit der europapolitischen Vorausschau bestätigt.

Nur ein Viertel aller Befragten Mitgliedsorganisationen nutzten die Möglichkeit einen Kommentar abzugeben. Hierbei werden konkrete Wünsche zu **EU-De Briefings** und zu mehr **regionalen Aktivitäten** besonders häufig genannt.

Die Umfrage:

Das Netzwerk EBD hat im August 2010 unter seinen 200 Mitgliedsorganisationen die „Netzwerk EBD-Halbjahresumfrage“ zu europapolitischen Prioritäten und Erwartungen durchgeführt. Insgesamt gab es vier Bereiche, in denen die Mitgliedsorganisationen ihre Meinung zum Ausdruck bringen konnten. **50 Organisationen** aus unterschiedlichen Branchen und gesellschaftlichen Gruppierungen haben sich an der Umfrage beteiligt (Liste im Anhang), so dass die thematische Gewichtung in den Ergebnissen der Umfrage als repräsentativ angesehen werden kann. Die Beteiligung liegt damit deutlich höher als bei vorhergehenden Halbjahresumfragen.

Die Umfrage wurde online-basiert auf der Internetseite des Netzwerks EBD durchgeführt. Die Fragen waren zum Teil im multiple-choice Verfahren erstellt, zum Teil wurden offene Fragen gestellt und Raum für Kommentare gelassen.

Kern der Netzwerk EBD-Halbjahresumfrage sind die europapolitischen Erwartungen und Forderungen der Mitgliedsorganisationen. Die Interessengruppen wurden gebeten, Gesetzgebungsverfahren und Konsultationen zu benennen, die für sie in den kommenden Monaten von besonderem Interesse sind. Darüber hinaus waren erstmals konkret die im **Juni 2010 auf der Mitgliederversammlung verabschiedeten Arbeitsschwerpunkte der EBD** Gegenstand der Halbjahresumfrage.

Die EBD bedankt sich bei allen Mitgliedsorganisationen, die an der Halbjahresumfrage teilgenommen haben. Die Umfrage dient der EBD als wichtiges Instrument, um das Stimmungsbild der deutschen Interessengruppen einzufangen.

Was geschieht mit den Ergebnissen? Die Ergebnisse fließen in das EU-Briefing zur Belgischen Ratspräsidentschaft am 30. August 2010 ein. Es wird vor allem dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, der Europäischen Kommission und der Botschaft zur Verfügung gestellt. Der EBD-Medienpartner EurActiv.de wird eine Zusammenfassung der Ergebnisse (ohne Nennung der Organisationen) veröffentlichen. Alle Angaben werden vertraulich behandelt. Der EBD-Vorstand wird aufgrund dieser Ergebnisse weitere Schritte beschließen und im

Dialog mit den Mitgliedsorganisationen und den institutionellen Partnern umsetzen, z.B. in Form von Hintergrundgesprächen und Veröffentlichungen.

1 Prioritäten

„Welche europapolitischen Themen wird Ihre Organisation im nächsten Halbjahr prioritär aktiv behandeln“? Diese offene Frage wurde an die Mitgliedsorganisationen gestellt, um Kenntnisse im Hinblick auf zukünftige Aktivitäten zu erhalten. Dementsprechend breit gefächert – je nach Interessenlage – fielen die Antworten aus. Dennoch kristallisiert sich ein **eindeutiger Trend** heraus: Die häufigsten Nennungen lagen im Bereich **Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucher**. Konkrete Mehrfachnennungen waren generell „Verbraucherschutz“, „Arbeitszeitrichtlinie“ und „Grünbuch Renten“.

Bei den Mitgliedsorganisationen ist das Thema Wirtschafts- und Finanzkrise trotz nachlassender öffentlicher Diskussion noch immer sehr präsent: Nebst den Bereichen Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucher sind erneut – ähnlich wie in der vorangegangenen Halbjahresumfrage 1/2010 – **Wirtschaft und Finanzen** von großem Interesse. Konkret wird die **Finanzaufsicht, Finanzmarktregulierung und Bankenregulierung** als sehr dringlich in den Mitgliedsorganisationen angesehen. Auch der „**Binnenmarkt**“ im Allgemeinen wurde häufig als europapolitisches Thema erwähnt, dass im nächsten Halbjahr aktiv von den Organisationen behandelt wird.

Neu auf der Agenda – im Vergleich zu den letzten Halbjahresumfragen – ist in vielen Mitgliedsorganisationen der Bereich **Justiz und Inneres**, insbesondere die Einwanderungspolitik der EU. Dass die **Europäische Migrationspolitik** im Hinblick auf Naturkatastrophen, Klimawandel, Arbeitsmarktintegration und den demografischen Wandel in Europa zunehmend eine nicht zu unterschätzende Bedeutung erhält, haben viele Mitgliedsorganisationen erkannt und gehört damit zu einer wichtigen Priorität im kommenden Halbjahr.

Im Bereich **Bildung, Jugend und Kultur**, der ähnlich stark wie Justiz und Inneres vertreten ist, liegen die häufigsten Nennungen rund um die Themen „europäische Integration“, „Europäische Demokratie“ sowie „Medienpolitik“. Hingegen nehmen Themen aus dem Bereich **Auswärtige Angelegenheiten** und **Wettbewerbsfähigkeit** nur eine mittelstarke Rolle ein.

Der **Vertrag von Lissabon** ist seit 1. Dezember 2009 in Kraft und bringt eine Vielzahl von Neuerungen und Reformen, die für die Arbeit der Interessengruppen auf ganz unterschiedliche Weise relevant sind. Ähnlich wie in der letzten Halbjahresumfrage 1/2010 bleibt der Lissabonner Vertrag ein wichtiges Thema in unseren Mitgliedsorganisationen, was sich durch eine überdurchschnittliche Nennung bemerkbar macht.

Obgleich über 40 Prozent des EU-Haushaltes und damit der größte Betrag für die Landwirtschaft der EU-Staaten verwendet wird, nimmt das Thema **Landwirtschaft und Fischerei** bei der Mehrheit der Organisationen eindeutig keine prioritäre Rolle ein.

2 Vorausschau

„Welche Richtlinien/Verordnungen/Entscheidungen oder Konsultationsverfahren werden im kommenden Halbjahr von Ihrer Organisation mit besonderem Interesse verfolgt?“, so lautete die zweite Frage, die Kenntnisse über die Vorausschau der EBD-Mitgliedsorganisationen abfragte.

Insgesamt stimmt die Schwerpunktsetzung der Vorausschau mit den Prioritäten der Mitgliedsorganisationen überein: der Fokus fällt auch hier primär in den Bereich **Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucher**. Auch hier fielen die Antworten sehr breit aus: von der sehr häufig genannten „Arbeitszeit-Richtlinie“ zur „Mutterschutzrichtlinie“ bis hin zur „Antidiskriminierungsrichtlinie“.

Nahezu alle Aktionsbereiche im europäischen Binnenmarkt wirken sich auf wirtschaftlich Handelnde sowie Verbraucher direkt oder indirekt aus. Entsprechend wurden in der Umfrage in einigen Fällen keine konkreten Gesetzgebungsverfahren genannt, sondern allgemein als Rahmen „**Verbraucherschutz**“ und „**Datenschutz**“ als politisches Feld angegeben, in dem eine Reihe von Entscheidungen

gen mit besonderem Interesse verfolgt wird. Überdurchschnittliche Mehrfachnennungen erhielt die „Verbraucherschutzrichtlinie“.

Obgleich mit deutlichen Abstand der Bereich Beschäftigung, Sozialpolitik und Gesundheit bei der Verfolgung von Gesetzes- und Konsultationsverfahren dominiert, reihen sich zwei Themenschwerpunkte an: Einerseits **Verkehr, Telekommunikation und Energie** und andererseits **Wirtschaft und Finanzen**. In dem zuerst genannten Bereich gab es eine Reihe von sehr konkreten Richtlinien, die sich im fachspezifischen Bereich bewegen, wie die „Omnibus-Richtlinie“ und die „Weißbuch Verkehrspolitik“. Ähnlich wie in den letzten beiden Halbjahresumfragen liegt der Schwerpunkt im Bereich Wirtschaft und Finanzen eindeutig auf Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzkrise und damit verbunden der Neuordnung der Finanzmärkte.

Parallel zu den Prioritäten der Organisationen, fällt der Fokus bei der Verfolgung von Richtlinien und Entscheidung kaum auf Themen aus **Landwirtschaft und Fischerei**. Im Mittelfeld reihen sich hingegen die Bereiche **Auswärtige Angelegenheiten, Justiz und Inneres, Bildung, Jugend und Kultur** sowie **Wettbewerbsfähigkeit** an.

3 Arbeitsschwerpunkte der EBD

Auf der Mitgliederversammlung im Juni 2010 wurden insgesamt sieben Arbeitsschwerpunkte verabschiedet. Vgl. <http://www.europaeische-bewegung.de/ueber-uns/arbeitsschwerpunkte/>

Als der Wichtigste für die Mitgliedsorganisationen erwies sich die „**Europäische Good Governance: Mitwirkung der Interessengruppen**“. 80 Prozent der Befragten Mitgliedsorganisationen nannten diesen Schwerpunkt als „wichtig“, gefolgt von „**Stärkung der europäischen Integration in Deutschland**“ und „**Allgemeine Zusammenarbeit mit institutionellen Partnern**“.

Die häufigsten Nennungen in der Kategorie „unwichtig“ erhielt der Arbeitsschwerpunkt „**Internationale Zusammenarbeit**“: über 30 Prozent der Befragten Mitgliedsorganisationen signalisierten, dass die Präferenzen in anderen Bereichen liegen.

Insgesamt werden die sieben Arbeitsschwerpunkte der EBD in der Vorausschau europapolitischer Prioritäten von über 60 Prozent der Befragten als wichtig empfunden.

Abb. 1 Stärkung der europäischen Integration in Deutschland

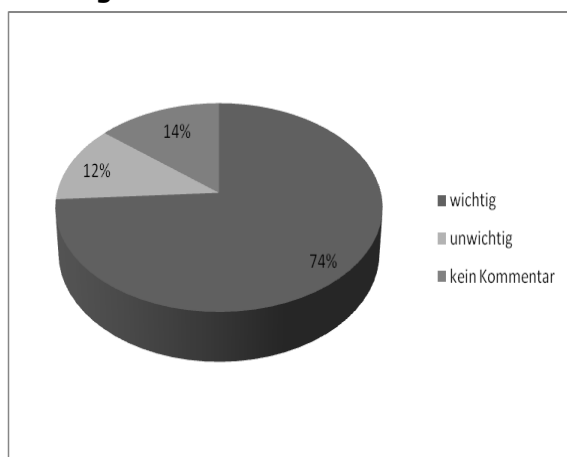


Abb. 2 Europäische Good Governance: Mitwirkung der Interessengruppen

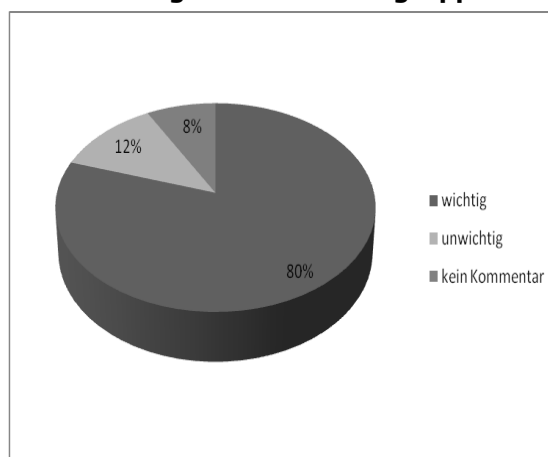


Abb. 3 Europapolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit

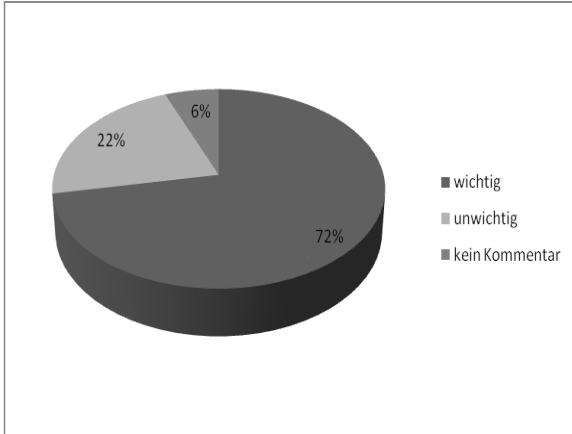


Abb. 4 Allgemeine Zusammenarbeit mit Mitgliedsorganisationen

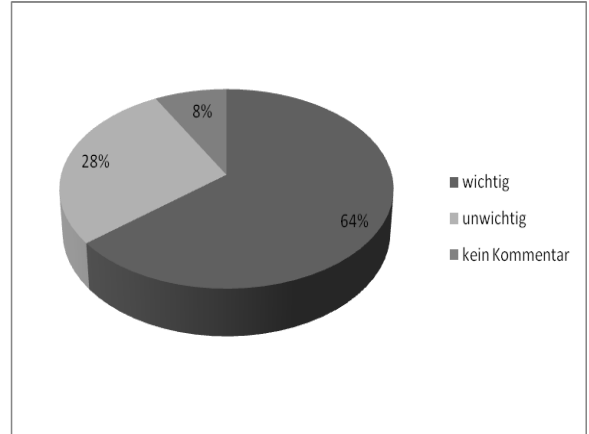


Abb. 5 Allgemeine Zusammenarbeit mit institutionellen Partnern

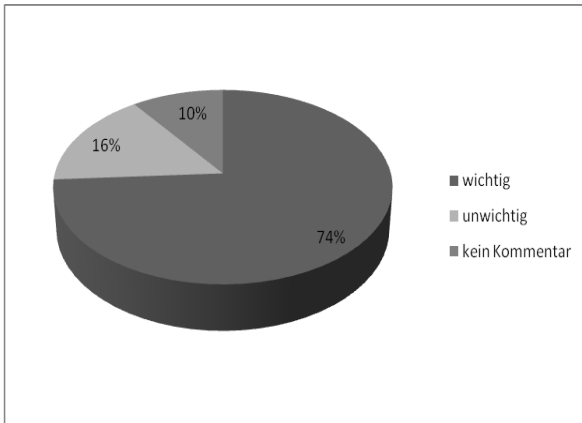


Abb. 6 Internationale Zusammenarbeit

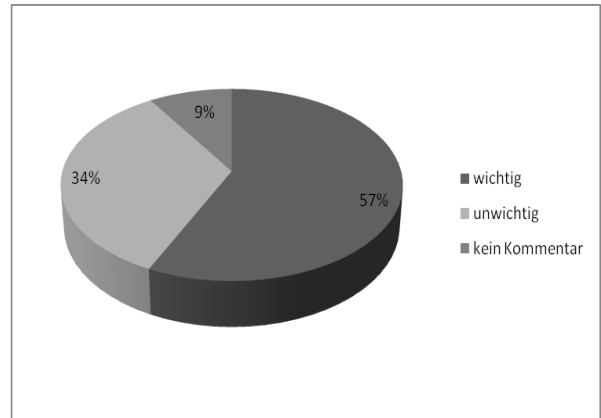
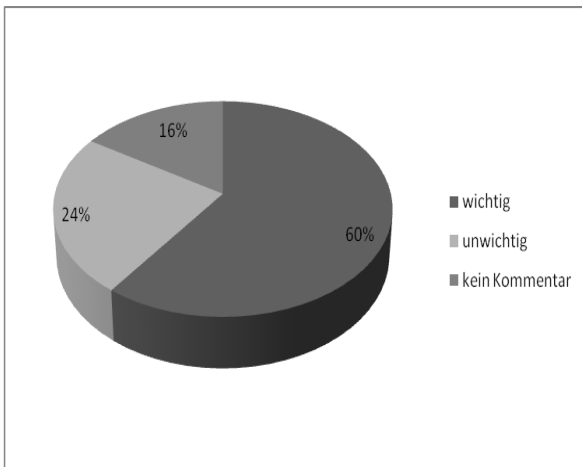


Abb. 7 Öffentlichkeitsarbeit



4 Kommentar

Im letzten Bereich hatten die Mitgliedsorganisationen Raum für abschließende Kommentare. Hier nannten die Organisationen zum Teil **sehr konkrete Wünsche** im Hinblick auf die Arbeit der EBD. Beispielsweise wurden „mehr Informationen und insbesondere De-Briefings zum Bereich Gesundheit und Pflege“ gewünscht. Überdies gab es mehrfach Forderungen, „regionalen Aktivitäten“ und der „regionalen Vielfalt“ mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Ferner gab es **Kritik an der Vorgehensweise der Europäischen Kommission** in sehr fachspezifischen Bereichen, wie beispielsweise im Wirtschaftsbereich, bei der Konkretisierung der Bürgerinitiative sowie bei dem europäischen Normungssystem. Diese konkreten Äußerungen sind aber klar unterrepräsentiert.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass am Ende der Befragung ein Viertel der Mitgliedsorganisationen einen Kommentar abgegeben haben. Die Mehrheit der Kommentare spiegelt ein zufriedenes Stimmungsbild im Hinblick auf die Arbeit der EBD wider.

Anhang: Teilnehmende Mitgliedsorganisationen

Arbeitgeberverband Versicherungsunternehmen AGV +++ Arbeitskreis Europäische Organisation e.V. +++ BDA +++ Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. +++ Bundesverband der Freien Berufe – BFB +++ Bundesverband deutscher Banken e.V. – BdB +++ Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen +++ BMW e.V. +++ BVR +++ Citizens of Europe e.V. +++ dbb Beamtenbund und Tarifunion +++ Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. +++ Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. +++ Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V. – DLRG +++ Deutsche Post AG +++ Deutscher Gewerkschaftsbund +++ Diakonie Bundesverband +++ DIE FÜHRUNGSKRÄFTE +++ DSGVO +++ E-Plus +++ Euractiv.com +++ Europa Union Deutschland Europäische Bewegung NRW +++ Europäische Akademie Berlin +++ Europäische Akademie für Steuern, Wirtschaft & Recht +++ Europäische Bewegung Sachsen +++ Europäische Bewegung Sachsen-Anhalt +++ Europakomitee Hessen +++ Europa-Union Landesverband Rheinland-Pfalz +++ Europaverband der Selbstständigen Deutschland ESD +++ Europazentrum - Brandenburg - Berlin d. eRFV e.V. +++ GDV +++ Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) +++ Hauptverband der Deutschen Bauindustrie +++ Haus & Grund. Eigentümerschutzgemeinschaft - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e.V. +++ Heinrich-Böll-Stiftung +++ Institut der Wirtschaftsprüfer +++ KAB Deutschlands e.V. +++ Markenverband +++ Mérite Européen Fondation +++ MitOst e.V. +++ Sozialverband Deutschland +++ UPS Deutschland Inc. & Co. OHG +++ ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft +++ Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. +++ Verein Deutsche Sprache e.V. +++ Vereinigung Europäischer Journalisten +++ Vizepräsident, SPD-Fraktion Deutscher Bundestag +++ VPRT +++ Wirtschaftsprüferkammer +++ Zentrum Türkeistudien und Integrationsforschung +++